

EuroMemorandum-Gruppe*
**Europäische WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere Wirtschaftspolitik
in Europa**

Nach dem französischen und niederländischen Nein zum Verfassungsvertrag

**Die EU braucht eine neue wirtschafts- und sozialpolitische
Entwicklungsstrategie**

Das französische und niederländische Nein zum Verfassungsvertrag bietet die Gelegenheit, gründlich darüber nachzudenken und öffentlich darüber zu diskutieren, wie die Menschen in Europa leben wollen. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat das elitäre Projekt einer europäischen Konstruktion abgelehnt, die das demokratische Leben und materielle Wohlergehen der Menschen den Gesetzen der Märkte und der Konkurrenz unterwirft. Sie empfanden europäische Politik als Bedrohung ihres täglichen Lebens und ihres wirtschaftlichen und sozialen Lebensstandards, als Quelle zunehmender Unsicherheit ihres Arbeitsplatzes und Einkommens, als steigende Ungleichheit und Ungerechtigkeit und als ein Hindernis bei den Möglichkeiten, sich in demokratischer und relevanter Weise an der Gestaltung einer Gesellschaft zu beteiligen, die ihnen erlaubt, ein freies und selbständiges Leben zu führen.

Diese Empfindungen beruhen nicht auf einem Mangel an Verständnis von Seiten der Menschen oder auf unzureichender Vermittlung von Seiten der europäischen Institutionen. Sie sind vielmehr völlig gerechtfertigt, denn die zunehmend neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU und der meisten Mitgliedsländer hat in der Tat zu Massenarbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche, zunehmender sozialer Unsicherheit und zu mehr Ungleichheit beigetragen. Es ist daher sehr vernünftig, wenn die Menschen den undemokratischen Plan ablehnen, diesen zunehmend umstrittenen Ansatz einer gescheiterten und schädlichen Politik zum Verfassungsgebot aufzuwerten - und damit jeden Versuch, die Dinge zu verändern, als verfassungsfeindlich abzustempeln. Eine Verfassung soll Raum schaffen für demokratische Diskussionen und Entscheidungen über Politiken, die dem Wohlergehen der Menschen am meisten nützen, und sie muss offen für Veränderungen von Politiken und Institutionen sein, wenn neue Erkenntnisse aufkommen und neue politische Mehrheiten entstehen. Der aktuelle Verfassungsvertrag ist das Gegenteil davon, und daher war es gut, dass er von den Menschen in Frankreich und in den Niederlanden abgelehnt wurde.

Die öffentliche Diskussion, die Das französische und niederländische Nein zum Verfassungsvertrag sollte eine umfassende öffentliche Diskussion in Gang bringen, die sich auf alle Bereiche des wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Lebens erstreckt. Zweifellos werden die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU dabei eine zentrale Rolle spielen. Als professionelle WirtschaftswissenschaftlerInnen, die seit Jahren die in wachsendem Maße neoliberale Orientierung der EU und der meisten Mitgliedsstaaten kritisiert haben, möchten wir hierzu folgende Ausführungen machen.

Aus unserer Sicht gibt es drei größere Gruppen von Fehlorientierungen in der offiziellen und von der Mehrheit getragenen Linie europäischer Wirtschaftspolitik:

Erstens *das Fehlen einer entschiedenen und wirksamen Beschäftigungspolitik*, sowohl auf der Ebene der EU als auch bei den meisten Mitgliedsländern. Die Geldpolitik befasst sich ausschließlich mit der Preisstabilität, die Finanzpolitiken werden durch die Vorschrift gefesselt, ausgeglichene öffentliche Haushalte anzustreben, vom EU Haushalt kann aufgrund seines geringen Umfangs kein wirksamer Anstoß für Wachstum und Beschäftigung ausgehen, und die Arbeitsmarktpolitiken bleiben vielfach – mit der bemerkenswert erfolgreichen Ausnahme der skandinavischen Länder – dabei, Druck auf die Arbeitslosen auszuüben statt gute Arbeitsplätze zu schaffen. Das Ergebnis ist anhaltende und steigende Arbeitslosigkeit – mit allen äußerst schädlichen Folgen für die öffentlichen Finanzen, den sozialen Zusammenhalt und die politische Stabilität und mit einer zunehmend feindseligen Haltung vieler Menschen gegenüber neuen Erweiterungen der EU.

Zweitens der *alles andere überlagernde und umfassende Bezugsrahmen der Konkurrenz*, der so gut wie jedem Bereich wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeit übergestülpt ist und den Vorrang des privaten Gewinns vor dem persönlichen Wohlergehen oder dem Gemeinwohl etabliert. Wesentliche Bereiche der sozialen Sicherheit wie Renten oder Gesundheit werden zunehmend an die Risiken der Finanzmärkte ausgelagert. Die Liberalisierung der Finanzmärkte macht Unternehmen und ihre Beschäftigten in zunehmendem Maße durch die Kurzfriststrategien von Finanzinvestoren verwundbar. Die umfassende Liberalisierung von Dienstleistungen ohne gemeinsame soziale Mindeststandards öffnet Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor. All das schafft eine Atmosphäre von Bedrohung, Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung.

Drittens der *Minimalismus in der Struktur- und Sozialpolitik*, die eigentlich Bereiche von strategischer Bedeutung fördern, schnelle Aufholprozesse der neuen Mitglieder und schwächerer Regionen in der EU erleichtern und die soziale Sicherheit sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der ganzen EU festigen sollten. Die von der EU stattdessen eingenommene minimalistische Position führt zu gesellschaftlicher Polarisierung und verwandelt in den Augen vieler Menschen die historisch fortschrittliche Erweiterung der EU in eine Bedrohung für Beschäftigung und Lebensstandard.

Die Korrektur dieser Fehlorientierungen erfordert eine grundlegende Änderung der Strategie wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung in der EU. Die Schlüsselprobleme sind Beschäftigung, Einkommen, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Es gibt Sofortmassnahmen zur unmittelbaren Verbesserung der Lage. Aber in mittlerer Frist braucht Europa weit reichende institutionelle Veränderungen.

Als Sofortmaßnahmen schlagen wir vor:

1. Die Mitglieder der EU sollten ein *abgestimmtes öffentliches Investitionsprogramm in der Größenordnung von 1% des Bruttoinlandsproduktes* der EU auflegen, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung anzukurbeln. Diese Mittel sollten vorrangig dafür verwendet werden, das öffentliche Verkehrsnetz und die Telekommunikationsinfrastruktur zu verbessern, den ökologischen Umbau und die Umweltsanierung zu fördern sowie die technologische Entwicklung und die Forschung voranzubringen. Ein derartiges Programm kann durch die Aufnahme von Anleihen und Krediten der Europäischen Investitionsbank (EIB) finanziert werden, die in den meisten Mitgliedsländern nicht auf die öffentlichen Schulden angerechnet werden.

2. In einer koordinierten Aktion sollten sich die Mitgliedsländer der EU darauf verständigen, einen wesentlichen Beitrag zu mehr Beschäftigung auch dadurch zu leisten, dass sie innerhalb

der nächsten zwei Jahre **die Zahl der im öffentlichen Dienst regulär Beschäftigten um 5% steigern.**

3. Der **Haushalt der EU sollte sofort auf 1,5% des EU-BIP angehoben**, und die zusätzlichen Mittel sollten dazu verwendet werden, Beschäftigungspolitiken und den Kampf gegen die Armut in den schwächeren Ländern und Regionen zu unterstützen.

4. Die **Geldpolitik** sollte durch eine **Senkung des Leitzinses um 50 Basispunkte auf 1,5% gelockert werden**. Die Kooperation der Europäischen Zentralbank mit anderen Akteuren sollte, insbesondere im Rahmen des Makroökonomischen Dialogs, intensiviert werden, um einen optimalen Policy-Mix zu gewährleisten, durch den nachhaltiges Wachstum gestärkt und zugleich die Inflation gezähmt wird.

Die aktuell angelaufene Diskussion über die Zukunft Europas reicht natürlich über diese unmittelbar möglichen und wünschenswerten wirtschaftspolitischen Maßnahmen hinaus. Sie lotet die Gestalt und den Inhalt einer neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungsstrategie für ein fortschrittliches europäisches Gesellschaftsmodell aus. In unseren Augen sollte sie sich auf weit reichende Veränderungen in den Orientierungen und bei den Institutionen stützen:

5. Ein **beschäftigungsfreundlicherer gesamtwirtschaftlicher Bezugsrahmen**. Die Finanzpolitik sollte danach ausgerichtet werden, dass es zu einer vollen Nutzung der Produktionskapazitäten kommt. Die Geldpolitik sollte in einen Rahmen demokratischer Diskussion und Entscheidungen über wirtschaftliche Prioritäten einbettet werden. Die Abstimmung zwischen Geld- und Fiskalpolitik muss intensiviert werden.

6. Ein **ausgewogenerer Ansatz bei der Frage öffentlicher Dienstleistungen**. Diese sollten nicht als seltene und immer umstrittene Ausnahme von der allgemeinen Regel der Regulierung durch Markt und Konkurrenz sondern als legitime Alternative zur privaten Konkurrenz angesehen werden. Daher sollte der Richtlinienentwurf über die Dienstleistungen im Binnenmarkt völlig zurück gezogen und die Diskussion über „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ ausgeweitet und intensiviert werden. Das Ziel dabei sollte es sein, die Grundlagen für den öffentlichen Dienst zu definieren und einen Satz europäischer Mindeststandards aufzustellen.

7. Eine **wirksamere und gerechtere Steuerpolitik**. Die Steuerkonkurrenz sollte beendet werden und die Mitgliedsländer sollten sich auf eine harmonisierte Bemessungsgrundlage und einen Mindeststeuersatz von 40% bei der Körperschaftssteuer verständigen (30% für Mitgliedsländer mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 75% des EU-Durchschnitts.) Der Haushalt der EU sollte in mehreren Schritten auf 5% des EU-BIP an gehoben werden, um wirksame wirtschaftspolitische Interventionen zu u ermöglichen. Diese Steigerung lässt sich durch eine EU Steuer finanzieren, deren Höhe sich an dem Pro-Kopf-Einkommen orientiert und so der unterschiedlichen Zahlungsfähigkeit der Mitgliedsländer Rechnung trägt.

8. **Aktivere Strukturpolitiken**. Die Regionalpolitik muss verstärkt werden um schnellere Aufholprozesse in schwächeren Regionen zu erleichtern. Stärkere Industriepolitiken sollten dafür Sorge tragen, dass die Interessen von Regionen und Beschäftigten beim Umbau europäischer Unternehmen Berücksichtigung finden. Die Gemeinsame Agrarpolitik sollte den Entwicklungsländern einen besseren Marktzugang verschaffen und gleichzeitig die europäische Grundlage landwirtschaftlicher Produktion erhalten. Auf der Basis einer breiten Diskussion über die Hauptrichtungen sollten die Innovations- und Technologiepolitik auf europäischer Ebene erheblich verstärkt werden.

9. Ein *besserer Rahmen für ausgeglichene internationale Wirtschaftsbeziehungen*. Dazu gehört auch einen Mechanismus für das Wechselkursmanagement, um übermäßige Instabilitäten des Euro und anderer Währungen zu vermeiden. Die Handelspolitik sollte darauf bestehen, dass Sozial- und Umweltstandards der EU nicht durch exzessive Freihandelsabkommen zerstört werden. Die Entwicklungshilfe sollte, abgesehen von einer kontrollierten Marktöffnung, sich auf finanzielle und technologische Hilfe konzentrieren, um die Entwicklung einer ausgeglichenen Produktionsgrundlage in den Entwicklungsländern zu fördern.

Die *EuroMemorandum Gruppe* (www.memo-europe.uni-bremen.de) ist ein Netzwerk europäischer WirtschaftswissenschaftlerInnen, die seit 1995 die zunehmend kontraproduktive und schädliche Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU kritisieren. Sie machen Vorschläge für eine andere wirtschaftspolitische Linie, die sich an den Eckpunkten Vollbeschäftigung, soziale Wohlfahrt und Gerechtigkeit, ökologisch nachhaltige Entwicklung und ausgeglichene internationale Wirtschaftsbeziehungen orientiert.

Kontakt:

Prof. John Grahl, Metropolitan University of London, J.Grahl@londonmet.ac.uk

Prof. Miren Etxezarreta, Universitat Autònoma de Barcelona, Miren.Etxezarreta@uab.es

Prof. Jörg Huffschnid, University of Bremen, Huffschnid@ewig.uni-bremen.de

Prof. John Grahl, Metropolitan University of London, J.Grahl@londonmet.ac.uk